



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 12.02.2009

im Sitzungsraum 152 des Rathauses Beckum, Weststraße 46, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 11.12.2008 - öffentlicher Teil -
3. Bericht der Verwaltung
4. Möglichkeit der Einführung eines Bürgerbussystems in der Stadt Beckum
Vorlage: 2009/0007
5. Einrichtung eines Urnengrabfeldes auf dem Friedhof Elisabethstraße;
Bürgerantrag
Vorlage: 2008/0261
6. Anfragen

Anwesenheitsliste

Anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Alfons Dierkes

Herr Rudolf Goriss

Frau Barbara Heckmann

Herr Stefan König

Vertretung für Herrn Dieter Beelmann

Vertretung für Herrn Joachim Mücke

Vorsitz

CDU-Sachkundige Bürger

Herr Josef Schumacher

SPD-Fraktion

Herr Albert Pott

Herr Erwin Sadlau

SPD-Sachkundige Bürger

Herr Günter Bürsmeier

Herr Rainer Ottenlips

FWG-Fraktion

Herr Heinz Haske

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

FDP-Fraktion

Herr Tobias Tarner

Verwaltung

Herr Klaus Fernkorn

Frau Stefanie Gralla

Frau Gabriele Günnewig

Frau Brigitte Janz

Herr Rudolf Meyer

Frau Sandra Oeldemann

Nicht anwesend:

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:17 Uhr

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Anfragen erfolgten nicht.

2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 11.12.2008 - öffentlicher Teil -

Einwendungen wurden nicht erhoben.

3. Bericht der Verwaltung

Frau Janz berichtete unter Bezugnahme auf die Anfrage von Ratsmitglied Sadlau in der Dezembersitzung zur Beisetzung von Auswärtigen sowie zur Erhöhung der Urnenanzahl in einem Grab, dass die Verwaltung die Anfrage aufgegriffen habe und in einer der nächsten Sitzungen thematisieren werde.

Herr Meyer trug vor, dass ein Bürgerantrag gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Beckum von Herrn Horstmann vom 18.01.2009 vorliege. Mit diesem Antrag habe Herr Horstmann als Anlieger des Händelweges den Antrag auf Verkehrsberuhigung bzw. Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von 3 – 7 km/h im Bereich der Straße Händelweg gestellt.

Beim Händelweg handele es sich um einen verkehrsberuhigten Bereich, der mit Verkehrszeichen (VZ) 325 StVO gekennzeichnet sei. Aus dem Vorrang der Fußgänger in diesen Bereichen werde nach der StVO die Schrittgeschwindigkeit als zulässige Höchstgeschwindigkeit für andere Verkehrsteilnehmer abgeleitet. Unter Schrittgeschwindigkeit werde eine Geschwindigkeit zu verstehen sein, die jedenfalls deutlich unter 20 km/h liege.

Vor diesem Hintergrund seien bereits im Sommer 2008 - aufgrund einer Beschwerde von Herrn Horstmann über das zu hohe Geschwindigkeitsniveau in diesem Bereich - Verkehrsmessungen durchgeführt worden. So wurde bei der Messung im Juli 2008 ein V85 Wert bei PKW von 36,3 km/h sowie bei der Messung im August 2008 ein Wert von 36,5 km/h registriert.

Da die gemessenen Geschwindigkeiten mit ca. 36 km/h für einen verkehrsberuhigten Bereich relativ hoch gewesen seien, sei jeweils eine Aufpflasterung auf dem Göttfricker Weg in Höhe des Schwester-Blanda-Hauses und auf dem Händelweg in Höhe des Kreisverkehrs eingebaut worden. Außerdem sei die Polizei Beckum gebeten worden, diesen Bereich zu überwachen; dies sei jedoch aufgrund begrenzter Personalressourcen der Polizeiwache Beckum nur eingeschränkt möglich.

Nach Auffassung von Herrn Horstmann sind diese Maßnahmen laut Bürgerantrag nicht ausreichend.

Zum weiteren Verfahren sei seitens der Verwaltung beabsichtigt, auf dem Händelweg zunächst ein Speed-Display aufzustellen, um den Kfz-Führern zu verdeutlichen, dass sie ggf. zu schnell gefahren sind.

Danach soll anschließend eine erneute Geschwindigkeitsmessung –als Nachher-Messung- durchgeführt werden. Beide Maßnahmen seien aufgrund der aktuellen Winterwitterung zunächst zurückgestellt worden. Sobald die Witterung es zulasse, sollen beide Maßnahmen durchgeführt werden. Bevor weitere Maßnahmen realisiert werden, soll durch die erneute

Geschwindigkeitsmessung zunächst überprüft werden, ob die durchgeführten Maßnahmen bereits Erfolge zeigen.

Sobald die Verkehrserhebungen bei offener Witterung durchgeführt worden sind und die Messwerte vorliegen, werde der Ausschuss weiter informiert.

Ratsmitglied Pott erkundigte sich, ob viele Verkehrsteilnehmer möglicherweise den Händelweg als Abkürzung zur Wohnbebauung im Bereich des Oberen Dalmerweges nutzen.

Herr Meyer äußerte sich dahingehend, dass dieses nicht ausgeschlossen werden könne, die von Herrn Horstmann vorgetragene Probleme sich jedoch nicht auf die Verkehrsmenge, sondern auf die Geschwindigkeit der Fahrzeuge beziehen.

Ratsmitglied Haske bemerkte, dass er kürzlich den Händelweg befahren habe und von den angebrachten Aufpflasterungen nichts gemerkt habe.

4. Möglichkeit der Einführung eines Bürgerbussystems in der Stadt Beckum Vorlage: 2009/0007 Entscheidung

Herr Meyer führte unter Bezugnahme auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt aus. Ziel der Einführung eines Bürger-Bus-Systems sei die Ergänzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Folgende Voraussetzungen müssen für die Einführung gegeben sein:

- Gründung eines Trägervereins
- Initialfunktion seitens der Kommune
- Kooperation mit den Verkehrsunternehmen

Die Landesregierung unterstütze Bürgerbusprojekte in zweierlei Hinsicht:

1. Sie gewähre dem Trägerverein einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 30.000,00 EUR für die Anschaffung der Fahrzeuge und
2. Sie leiste einen jährlichen Organisationskostenzuschuss in Höhe von 5.000,00 EUR. Dieser bilde den finanziellen Grundstock in der Kasse des Trägervereins.

Seitens der Verwaltung sei beabsichtigt, durch eine systematische Schwachstellenanalyse des Beckumer ÖPNV-Angebotes den Ist- Zustand zu dokumentieren. Die Erkenntnisse hieraus könnten dann bei der Fahrplangestaltung entsprechend berücksichtigt werden.

Ratsmitglied Sadlau dankte der Verwaltung für die Recherchen und nun vorliegenden Ergebnisse. In der Vergangenheit sei häufiger versucht worden, den ÖPNV zu verbessern, z.B. durch Einführung eines Anruf-Sammel-Taxis. Die Initiativen seien jedoch jeweils gescheitert. Die Idee der Einführung eines Bürger-Bus-Systems sei entstanden durch Informationen im Internet. Ob eine Umsetzung möglich sei, sei nun zu prüfen. Der Aufbau werde schwierig werden und bedeute viel Arbeit für die ehrenamtlichen Mitglieder. Nach derzeitigem Kenntnisstand bereite insbesondere das ÖPNV- Angebot nach 20 Uhr Probleme. Möglicherweise könne hier der Einsatz eines Bürgerbusses zur Ergänzung beitragen.

Ratsmitglied Haske erklärte seitens der FWG – Fraktion Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Gleichzeitig regte er an, entsprechende Informationen an die Tagespresse zu geben, so dass seitens der Bürger Fragen und Anregungen eingebracht werden können. Des Weiteren erkundigte er sich, ob bei den Städten und Gemeinden, in denen dieses System eingeführt worden sei, ähnliche Ausgangssituationen bestanden haben.

Hierzu äußerte Herr Meyer, dass Einzelheiten nicht bekannt seien.

Ratsmitglied Linnemann äußerte für die Fraktion Bündnis'90/ Die Grünen, dass diese den Beschlussvorschlag mittrage.

Ratsmitglied Pott gab zu bedenken, dass der Vertreter des Dachverbandes möglicherweise nicht alle auftretenden Fragen beantworten könne und regte daher an, zusätzlich einen Vertreter des Regionalverkehrs Münster einzuladen.

Ratsmitglied Goriss stimmte dem Vorschlag zu und schlug vor, gegebenenfalls auch einen

Vertreter der örtlichen Taxiunternehmen zu diesem Termin einzuladen. Wichtig sei, keine einseitige Darstellung zu erhalten.

Sachkundiger Bürger Schumacher erkundigte sich, wie sich das Bürgerbussystem in den anderen Kommunen bewährt habe.

Herr Sadlau berichtete, dass nach Auskunft des Vorsitzenden des Pro Bürgerbus NRW e.V. bisher nur positive Erfahrungen zu verzeichnen seien.

Ratsmitglied Tarnier erklärte für die FDP- Fraktion, diese finde das Konzept rundum gelungen.

Ratsmitglied König fragte an, ob die Deckelung des städtischen Zuschusses in Höhe von 5.000,00 EUR tatsächlich realisiert werden könne.

Nach Auskunft von Herrn Meyer sei die Deckelung des Verlustausgleiches auf 5.000,00 EUR üblich und werde vom Land akzeptiert. Das Risiko der Gemeinde müsse begrenzt sein.

Ratsmitglied Linnemann erklärte ihre Zustimmung zur zusätzlichen Einladung eines Vertreters des Regionalverkehrs Münsterland. Die Einladung eines Vertreters der örtlichen Taxiunternehmen bewertete sie zum jetzigen Zeitpunkt für nicht erforderlich, da der zweite Schritt nicht vor dem ersten gemacht werden solle.

Im Anschluss wurde über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Informationen zur Möglichkeit der Einführung eines Bürgerbussystems werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Angelegenheit weiter zu entwickeln und für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 19.03.2009 einen Vertreter des Dachverbandes „Pro Bürgerbus NRW e.V.“ einzuladen, der das System des Bürgerbusses im Einzelnen vorstellt. Zusätzlich wird ein Vertreter des Regionalverkehrs Münsterland zu diesem Termin eingeladen.

Kosten/Folgekosten

Zum derzeitigen Zeitpunkt entstehen keine Kosten oder Folgekosten.

Finanzierung

Momentan entstehen keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 12 Nein 0

5. Einrichtung eines Urnengrabfeldes auf dem Friedhof Elisabethstraße;

Bürgerantrag

Vorlage: 2008/0261 Entscheidung

Frau Janz trug mit Hinweis auf die Vorlage vor. Ergänzend erfolgte eine Power-Point-Präsentation zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Bereits in der letzten Sitzung sei der heute thematisierte Antrag angekündigt worden. Der Antragsteller sei informiert worden, dass der Antrag heute im Ausschuss behandelt werde. Die der Einladung beigefügte Anlage 2 sei dahingehend aktualisiert worden, dass die Entwicklung der Bestattungszahlen nunmehr den Stand bis Ende 2008 darstelle. Daher sei eine entsprechende überarbeitete Tischvorlage verteilt worden. Anhand von Luftbildern des Parkfriedhofes erläuterte sie Lage und Anzahl der Urnengrabfelder sowie deren derzeitige Auslastung. Grundsätzlich sie festzustellen, dass die Nachfrage an Urnengräbern in den letzten Jahren deutlich angewachsen sei. Auch auf dem Friedhof Elisabethstraße sei selbstverständlich eine Urnenbestattung möglich, allerdings in einem Wahlgrab. Es stelle sich die Frage, worin die steigende Nachfrage nach einer Urnenbestattung begründet sei. Ein wesentlicher Faktor seien die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten. So sei ein Urnengrab deutlich günstiger als eine Wahlgrabstätte; konkret fallen bei einer Urnenbestattung nur 16 % der Grabstellen - und Unterhaltungsgebühr einer Wahlgrabstätte an. Urnengrabstätten seien günstiger, weil sie eine kleinere Fläche benötigen,

i.d. R. 60 x 60 cm. Somit entstehe auch ein geringerer Pflegeaufwand.

Ratsmitglied Tarner fragte an, wie viele Urnengräber auf dem dargestellten Grabfeld 2 des Parkfriedhofes möglich seien.

Hierzu erläuterte Frau Janz, dass das Feld nicht begrenzt sei. Diese Fläche sei insgesamt frei gehalten worden und könne erweitert werden. Eine bestimmte Zahl könne hier nicht benannt werden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Sadlau erläuterte Frau Janz, dass die Ruhezeit für Urnengräber wie bei den Erdgräbern 30 Jahre betrage. Nach herrschender Rechtsprechung dürfe es keine unterschiedlichen Ruhezeiten geben.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich, warum in anderen Gemeinden zum Teil Ruhezeiten von 20 Jahren gelten.

Diesbezüglich wies Frau Janz daraufhin, dass auch kürzere Ruhezeiten denkbar seien, diese jedoch u.a. auch abhängig seien von der Bodenbeschaffenheit.

Unter Bezugnahme auf den Plan des Friedhofes Elisabethstraße erläuterte Frau Janz die Lage der in Betracht kommenden Felder 2 und 6. Wenig Sinn mache es nach Meinung der Verwaltung Mini-Urnenfelder anzulegen, da diese das einheitliche Erscheinungsbild der Wahlgrabstätten störe. Möglich sei dieses, zudem jedoch auf Kosten der Kapazitäten für Wahlgräber.

Anhand einer graphischen Darstellung der gewählten Bestattungsarten in den letzten fünf Jahren erläuterte Frau Janz die festzustellenden Tendenzen. Die Nutzung des Parkfriedhofes erfolge überwiegend für Urnenbestattungen. Die Nutzung der Trauerhalle auf dem Parkfriedhof erfolge in ca. 50 Prozent bei Urnenbeisetzungen. Aus Sicht der Verwaltung sollen die Friedhöfe mit den bisherigen Bestattungsmöglichkeiten erhalten bleiben. So sei auch die Auslastung des Parkfriedhofes nicht in Gefahr.

Ratsmitglied Haske erklärte für die FWG- Fraktion, die Bestattung auf einem Urnenfeld auf Friedhof Elisabethstraße möglich machen zu wollen.

Ratsmitglied Linnemann äußerte für die Fraktion Bündnis'90/Die Grünen, den vorliegenden Bürgerantrag zu unterstützen. Es dürfe nicht der Eindruck eines Friedhofes 1. Klasse auf dem Friedhof Elisabethstraße und eines Friedhofes 2. Klasse auf dem Parkfriedhof entstehen. Im Übrigen sei im Hinblick auf den demographischen Wandel die eingeschränkte Busverbindung zum Parkfriedhof nicht zu ignorieren.

Ratsmitglied Tarner schloss sich inhaltlich den Meinungen seiner Vorredner an. Seitens der FDP-Fraktion werde eine eindeutige Nachfrage nach dieser Bestattungsart anerkannt mit der Konsequenz entsprechender Expandierung.

Ratsmitglied Goriss erkundigte sich nach der Anzahl der in der Vergangenheit zurückgewiesenen Nachfragen zu Urnenbestattungen auf dem Friedhof Elisabethstraße.

Diesbezüglich äußerte Frau Janz, dass es eine nennenswerte Nachfrage bei der Stadt nicht gegeben habe, etwaige Nachfragen bei den Bestattern seien nicht bekannt. In der Regel handele es sich jedoch um Zubettungen in Wahlgräbern. Sofern die Wahl der Bestattungsart aus finanziellen Erwägungen erfolge, bestehe die Möglichkeit der Urnenbestattung auf dem Parkfriedhof.

Ratsmitglied Pott verwies auf das in der Vergangenheit mehrfach geforderte Gesamtkonzept für die Beckumer Friedhöfe.

Ratsmitglied Heckmann gab zu Bedenken, dass bei Diskussion des Antrages auch die Gebührenentwicklung zu betrachten sei.

Ratsmitglied Tarner stellte fest, dass Angebot und Nachfrage den Preis regeln. Es sei festzustellen, dass im Moment die Bestattung in einem Urnengrab zu billig, die in einem Wahlgrab zu teuer sei.

Ratsmitglied Sadlau äußerte unter Bezugnahme auf ein gewünschtes Gesamtkonzept, dass man versuche, viele Bestattungsformen zu ermöglichen. Bei den Kosten könne möglicherweise der Grünanteil verändert werden.

Ratsmitglied Linnemann bewertete die Einrichtung eines Aschestreifelfeldes als zeitgemäß und

regte an, auch über einen so genannten Friedwald nachzudenken.

Ratsmitglied Goriss trat der Auffassung einer Klasseneinteilung der städtischen Friedhöfe entgegen. Es gebe bereits ein Friedhofskonzept, das funktioniere. Er sehe nicht die Notwendigkeit, dieses aufgrund eines Antrages eines einzelnen Bürgers umzustellen. Man müsse nicht auf jedem Friedhof alle Bestattungsarten anbieten.

Ratsmitglied Pott fragte an, ob über den vorliegenden Antrag am heutigen Tag abgestimmt werden müsse. Möglicherweise sei es sinnvoller, zunächst weitere Informationen einzuholen.

Frau Janz zog als Resümee aus der vorangegangenen Diskussion, dass zum einen ein Gesamtfriedhofskonzept, zum anderen die Kostenfrage des öffentlichen Anteils sowie für jedes einzelne Grab von besonderem Interesse sei. Zu den Kosten sei festzuhalten, dass beide Friedhöfe gleichwertig nebeneinander stehen und eine kostenrechnende Einrichtung darstellen. Bei einer Verschiebung der Anzahl von Urnenbestattungen vom Parkfriedhof zum Friedhof Elisabethstraße ergeben sich wahrscheinlich geringere Einnahmen bei der Trauerhalle Parkfriedhof, die möglicherweise durch den daraus resultierenden Nutzungsanstieg der geplanten Trauerhalle auf dem Friedhof Elisabethstraße ausgeglichen werden können. Fraglich sei in diesem Fall, was auf Dauer aus der Trauerhalle auf dem Parkfriedhof werde. Mit einem Grünanteil von 30 Prozent stehe die Stadt Beckum im Verhältnis zu anderen Städten relativ gut da. Diesbezüglich finde in der nächsten Woche ein Gespräch mit dem Gemeindeprüfungsamt statt. Maßnahmen auf dem Friedhof Elisabethstraße seien im letzten Jahr überwiegend aus dem allgemeinen städtischen Haushalt bezahlt worden. Die jeweiligen Gebühren basieren auf Kalkulationen; eine Gebührenerhöhung für Urnenbestattungen sei ohne Weiteres nicht möglich. Hinsichtlich des angesprochenen Gesamtkonzeptes sei festzuhalten, dass die Geschichte der städtischen Friedhöfe relativ jung sei. Der Friedhof Elisabethstraße sei seinerzeit übernommen, der Parkfriedhof neu eingerichtet worden. Der Parkfriedhof sei geprägt durch die Vielseitigkeit der Bestattungsarten, der Friedhof Elisabethstraße durch seine zentrale Lage sowie durch die Neubelegung der Wahlgräber. Aus Sicht der Verwaltung handele es sich nicht um Friedhöfe 1. und 2. Klasse. Hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise müsse nicht in der jetzigen Sitzung zwingend über den Antrag entschieden werden. Sofern weiterer Klärungs- und Informationsbedarf bestehe, erhalte der Antragsteller zunächst eine Zwischenmitteilung. Sollte sich bei weiteren Recherchen herausstellen, dass eine Änderung gewünscht sei, müsse das Konzept Friedhof Elisabethstraße entsprechend geändert werden.

Ratsmitglied Sadlau verwies darauf, dass im Ausschuss bereits häufiger über das Verhältnis beider Friedhöfe zueinander diskutiert werden sei. Erst in den letzten Jahren sei jedoch die Nachfrage nach Urnengräbern gestiegen.

Ratsmitglied Linenmann erkundigte sich nach dem Sachstand Trauerhalle auf dem Friedhof Elisabethstraße.

Diesbezüglich lagen der Verwaltung keine neuen Informationen vor. Nach Karneval wolle sich der Propst wieder melden.

Ratsmitglied Goriss schloss sich der Ansicht von Ratsmitglied Pott an und **beantragte**, die Entscheidung über den **vorliegenden Antrag zurückzustellen** und zunächst weitere Überlegungen anzustellen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt Ja 9 Nein 3

6. Anfragen

Ratsmitglied Pott fragte an, ob es richtig sei, dass aus Richtung Beckum kommend keine Hinweisbeschilderung zur Sperrung der Hauptstraße aufgestellt worden sei.

Herr Fernkorn äußerte sich dahingehend, dass am Tage zuvor die Beschilderung noch gestanden habe. Er werde sich jedoch nochmals vor Ort davon überzeugen.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich, ob im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Pulortviertel ein Austausch der Abwasserkanäle erforderlich sei.

Herr Fernkorn erläuterte, die Kanäle seien zwar sanierungsbedürftig, hydraulisch jedoch in

Ordnung, so dass größtenteils eine Sanierung mittels Inliner möglich sei.

Ratsmitglied Sadlau erkundigte sich zur Baumaßnahme Bussardstraße.

Herr Fernkorn äußerte hierzu, dass die genehmigte Anliegerversammlung noch nicht durchgeführt worden sei, weil die Finanzierung des Endausbaus noch nicht gesichert sei. (Haushaltsberatung).

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 10.03.2009

gez.
Stefan König
(Vorsitz)

Beckum, den 10.03.2009

gez.
Gabriele Günnewig
(Schriftführung)